

13.54

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Herr Präsident! Herr Finanzminister! In diesen 5 Minuten werde ich nur auf ein Kapitel eingehen, da es heute aktuell ist. Ich werde schon zumindest ein paar rhetorische Fragezeichen machen müssen, was den Bereich des Finanzrahmens und die Untergruppe 46, Finanzmarktstabilität, betrifft, denn wir hatten – aber auch nicht Ihre Mitarbeiter, das hatte sich ja bewährt – noch keine Aussprache über die neuesten Lösungen, die offensichtlich heute – jedenfalls aus Regierungssicht – fixiert wurden. Alle wissen, worum es geht, nämlich um die anstehende Einigung mit den Gläubigern der HETA, vormals Hypo.

Für mich ist momentan nicht ganz nachvollziehbar, wie die Behauptung vom März 2015 – teilweise ist sie heute noch ein bisschen nachgehallt – aufrechterhalten werden soll, dass kein Steuer-Euro mehr in die Hypo beziehungsweise HETA fließen soll.

Ich habe das damals schon gut verstanden und diese Schuldenschnittaktion immer ausdrücklich begrüßt, bis heute. Ich glaube, dass das wohl auf den Bundessteuerzahler bezogen war, denn es war doch klar, dass dadurch dann etwas über die Haftungsverbände der Länder beigesteuert werden müsste.

Ich halte das im Übrigen für richtig und gerecht. Die Bundesländer haben aus der Stabilitätsabgabe, der Bankenabgabe ohnehin schon so viel kassiert, und bald noch mehr, als sie da bei der gesamten Schuldenschnittaktion – ohne Auspufferung, die jetzt kommt – hätten beitragen müssen, aber das war damals nicht durchsetzbar.

Frau Kollegin Fekter, die ehemalige Finanzministerin, nickt; wir wissen in welcher Realverfassung wir hier leben. Ich halte es nach wie vor für sehr, sehr – verwenden wir keine schlimmeren Worte – aufreizend seltsam, dass die Landeshauptleute damals gleich zugegriffen haben und dass die seinerzeitigen Verhandler sofort einmal die Krallen draufgehauen haben, als man die Bankenabgabe eingeführt hat.

Gut, beitragen wollen sie nichts, und das ist, glaube ich, auch einer der Hauptgründe, warum jetzt die Behauptung, dass der Bundessteuerzahler nichts mehr zahlt, einfach nicht aufrechterhalten werden kann. Wir werden uns wahrscheinlich noch einmal in einem seminaristischeren Kreis darüber austauschen, nur muss ich das Fragezeichen jetzt tatsächlich öffentlich anbringen – seis drum.

Bei 90 Prozent – ich glaube, die Rechnung geht für die Gläubiger noch günstiger aus, wenn man noch einmal anders und auch richtiger rechnet – kann man nicht mehr von großartiger Gläubigerbeteiligung, die angestrebt wurde, sprechen.

Wie kommt das Ganze? – Natürlich ist es ein Problem – das bestreitet kein vernünftiger Mensch –, wenn auf bestimmten Forderungen an die Hypo beziehungsweise HETA noch immer die Landeshaftungen von Kärnten – jedenfalls juristisch – picken; das ist ganz klar.

Wenn wir das aber jetzt einmal durchrechnen, dann erkennen wir, dass bei den 75 Prozent, die ursprünglich, im heurigen Frühjahr, ohne Zugabe seitens des Bundes angeboten wurden, so getan wurde, als ob Kärnten diesen Beitrag bei einem Rückkauf selbst stemmen könnte. Wenn man sich die Bedingungen genau angesehen hat, hat man schon den Eindruck gehabt, dass Kärnten auch da schon entgegengekommen wurde, insbesondere im Bereich der Möglichkeiten der Finanzierung aus der Bundesfinanzierungsagentur. Dagegen haben wir gar nichts, denn die sollen selbstverständlich auch überleben können, aber in Wirklichkeit war da schon ein gewisses Augenzwinkern mit dabei. Mit dem Zusatzangebot ging es dann hinauf auf 82 Prozent, jetzt sind es 90 Prozent. Meines Erachtens liegen sie noch höher. Auf die Erklärung, wie es möglich ist, dass das nicht Bundessteuergeld sein soll, warten wir noch mit Spannung.

Ich glaube, von der taktischen Aufstellung her wäre diesen Gläubigern wahrscheinlich mehr herauszureißen gewesen. Warum? – Bei allem Risiko von wegen Unsicherheiten im Falle einer Klage et cetera, das das beinhaltet, falls die sich nicht darauf einlassen, muss man aber schon lustig und gut rechnen, um zu glauben, dass diese Differenz in Kärnten zu holen wäre.

Das Risiko liegt nämlich nicht nur beim sogenannten Finanzplatz Österreich und bei Kärnten, sondern auch die Gläubiger haben ein hohes Risiko; und die waren allemal nicht schützenswert. Die waren deshalb nicht schützenswert, weil die nämlich in den Jahren 2004, 2005 und 2006 – um die es ja geht – auch schon hätten erkennen können, wo sie da investieren. Das war keine brave Regionalbank, und die Haftungsversprechen des Herrn Haider waren nicht so viel wert, glaube ich, wenn man es auf die ökonomische Waagschale legt.

Insofern ist das in Wirklichkeit ein sehr, sehr schmerzlicher Vorgang, obwohl sich jetzt alle freuen – natürlich allen voran der Landeshauptmann von Kärnten –, dass da einmal etwas weggeräumt ist.

Ich warte noch auf die Erklärung, wie man – wie gesagt und zusammenfassend – das aufrechterhalten kann, dass da kein Bundessteuergeld drinnen sein soll. Aus Sicht der Gläubiger ist das eine super Geschichte! 75 Prozent hätten sie vielleicht nicht genommen, aber rechnen wir es einmal durch: Die tauschen wir ein zu

Bundesanleihen- oder vergleichbaren Konditionen, na, die würden da momentan aber nur 0,8 Prozent Zinsen dafür kriegen. So schaut es nämlich aus. Wenn du das auf 13 Jahre – bis die das 100-Prozent-Nominale kriegen – durchsiehst, dann kommt man auf diese Art und Weise zum Schluss auf 82 Prozent.

Also wie man es auch dreht und wendet: Da ist, fürchte ich, ein satter Anteil von Bundessteuergeld drinnen. Die Rechnung wird so sein, dass der Bundessteuerzahler allein am Schluss mit einer Summe im zweistelligen Milliardenbereich übrigbleiben wird und die Gläubiger – je nachdem, wie man es rechnet – maximal eine Milliarde beitragen, möglicherweise sogar weniger.

Ich finde, das ist jedenfalls keine gerechte Lastenverteilung, und ich glaube auch, dass mehr möglich gewesen wäre. Aber ich fürchte, die NEOS-Fraktion, die sich ja vermutlich auch noch äußern wird, hat da recht – mit uns –, dass hier auch die Landeshauptleute, weil sie selber ein bisschen mehr hätten beitragen müssen, bei Ihnen ein entsprechendes Korsett mit angeschnallt haben, dem Sie offensichtlich auch nicht ohneweiters entkommen können. *(Beifall bei Grünen und NEOS.)*

14.01

Präsident Ing. Norbert Hofer: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Ing. Vogl. – Bitte.